



Presseschau vom 03.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Susan Bonath: Ampel plant Einmalhilfe für Heizkosten – aber nur für einen kleinen Teil der Armen

Die Bundesregierung will Wohngeld-Beziehern, Studenten und Azubis mit einem kleinen Heizkostenzuschuss unter die Arme greifen. Die meisten Armen allerdings bekommen Hartz IV oder Sozialhilfe. Sie sollen aber von der Hilfe ausgeklammert werden. ...

<https://kurz.rt.com/2t0q>

de.rt.com: "Umfassende Partnerschaft": Wladimir Putin über die russisch-chinesischen Beziehungen

Russlands Staatschef reist nach Peking, um der Eröffnung der Olympischen Spiele beizuwohnen und sich mit seinem chinesischen Amtskollegen zu treffen. In einem Gastbeitrag für die Nachrichtenagentur Xinhua hebt er die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit China hervor. ...

<https://kurz.rt.com/2t1a>

Dagmar Henn: Der deutschsprachige TV-Sender RT DE und das Brandenburger Landrecht

Der Bescheid der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, mit dem der TV-Sender RT DE zum Verstummen gebracht werden soll, sprudelt geradezu vor juristischer Kreativität. Wenn man

es freundlich formulieren will. Es finden sich sogar völlig neue Rechtsbegriffe. ...

<https://kurz.rt.com/2t10>

de.rt.com: Wer ist Schuld an der Hungersnot? Exklusiv-Interview mit Gründer der Hungerhilfe für Afghanistan

Die Machtübernahme der Taliban, die gerade erst lernen zu regieren, stellt das eh schon angegriffene Lebensmittelversorgungssystem in Afghanistan auf eine harte Probe. Viele Menschen leiden an Hunger. Die Organisation "Rettet Afghanen vor dem Hunger" schlägt Alarm. ...

<https://kurz.rt.com/2ssq>

Karin Kneissl: Wo sind die Sicherheitsgarantien? – Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor 15 Jahren

Es gibt mehr langweilige Reden als Reden, die Gegenwart und Geschichte bewegen. Zu Letzteren gehört eine Ansprache Wladimir Putins, die er am 10. Februar 2007 bei der Sicherheitskonferenz in München gehalten hat. Diese Rede ist ein Klassiker. Und Klassiker altern gut. ...

<https://kurz.rt.com/2t19>

abends/nachts:

de.rt.com: USA wollen mehr als 2.000 Soldaten nach Polen entsenden

Mehr als 2.000 US-Militärangehörige sollen in Polen stationiert werden. Dies gab der Leiter des polnischen Nationalen Sicherheitsbüros, Paweł Soloch, bekannt. Vergangene Woche hatten die USA ihre Bereitschaft angekündigt, 8.500 Soldaten nach Europa zu entsenden. Die USA werden rund 2.000 Militärangehörige nach Polen entsenden. Dies teilte der Leiter des Büros für nationale Sicherheit, Paweł Soloch, im polnischen Rundfunk mit. Ihm zufolge werden diese Maßnahmen im Rahmen der Unterstützung der NATO-Ostflanke ergriffen. Insgesamt plane Washington, 8.500 Personen in europäische Länder zu entsenden, darunter mehr als 2.000 Militärangehörige nach Polen. Soloch stellte fest, dass es zwei Aktionspläne gibt. Der Erste setze die physische Präsenz von Militärpersonal in Europa, einschließlich Polen, voraus. Zum zweiten Plan sagte Soloch:

"Der zweite Plan besteht darin, die NATO-Mechanismen zu aktivieren und die Fähigkeit zur Verlegung von Streitkräften aufzubauen, falls dies erforderlich sein sollte."

Bereits Mitte Dezember kündigten die Vereinigten Staaten an, dass sie ein Militärkontingent nach Osteuropa entsenden werden. Wenig später teilte US-Präsident Joe Biden mit, dass das Militär in die Organisation der Bukarest Neun entsandt werden würde, zu der Rumänien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen und die Slowakei gehören. Washington nannte Russlands mögliche Aggression gegen die Ukraine als Grund für diese Maßnahmen. Moskau dementierte wiederholt Pläne für ein militärisches Vorgehen gegen das Nachbarland.

Am 24. Januar gab das Pentagon bekannt, dass einige NATO-Truppen innerhalb und außerhalb der USA in höchste Alarmbereitschaft versetzt wurden, darunter 8.500 US-Soldaten, die bei Bedarf kurzfristig nach Europa verlegt werden können. Sie sollen auf Ersuchen der NATO oder in bestimmten Situationen schnell in die Region verlegt werden. Die europäischen NATO-Staaten entsandten auch militärische Ausrüstung und zusätzliche militärische Einheiten nach Bulgarien, Rumänien und Litauen. Dänemark schickte vier F-16-Kampfflugzeuge nach Litauen. Spanien entsandte Schiffe zur Verstärkung der Seestreitkräfte des NATO-Bündnisses und versprach, die Entsendung von Kampfflugzeugen nach Bulgarien zu prüfen. Frankreich erklärte sich bereit, ein Truppenkontingent unter NATO-Kommando nach Rumänien zu entsenden. Die Niederlande werden außerdem zwei F-35-Kampffjets nach

Bulgarien entsenden, denen sich ein niederländisches Marineschiff und mehrere Bodeneinheiten der schnellen Eingreiftruppe der NATO anschließen werden. Die USA, die europäischen NATO-Länder und Russland verhandeln derzeit über gegenseitige Sicherheitsgarantien. Mitte Dezember übermittelte Moskau seine Vorschläge an die US-Regierung in Washington und die NATO-Zentrale in Brüssel. Ein zentraler Punkt der Moskauer Forderungen ist, dass die NATO nicht nach Osten erweitert werden soll, insbesondere die Verpflichtung, die Ukraine nicht in das Bündnis aufzunehmen, sowie die Forderung, NATO-Truppen und -Ausrüstung aus den Gebieten der Länder abzuziehen, die im Jahr 1997 nicht Mitglied des NATO-Bündnisses waren. Dabei handelt es sich um Bulgarien und Rumänien, wo zusätzliche Bündniseinheiten stationiert werden. Eine Einigung über diese Punkte wurde noch nicht erzielt. Die NATO bezeichnete Russlands Forderungen nach einer Verringerung der militärischen Präsenz in den neuen Bündnisländern als unannehmbar. Russland wies darauf hin, dass man die Sicherheit einiger Länder nicht auf Kosten anderer stärken kann. Die Vereinigten Staaten und die NATO ignorieren die Bedenken Russlands, wenn es um das Recht anderer Länder geht, dem Bündnis beizutreten, so der russische Präsident Wladimir Putin. Laut dem russischen Außenminister Sergei Lawrow zeigen die Reaktionen der USA und der NATO auf die Vorschläge aus Moskau eine Diskrepanz in ihrem Verständnis des Grundsatzes der gleichen und unteilbaren Sicherheit, insbesondere angesichts einer unverantwortlichen NATO-Erweiterung.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fa77d248fbef1a1431568c.jpg>

deu.belta.by: „Große Unkultur“: Außenministerium verurteilt Stopp belarussischen Kali-Transits durch Litauen

Die rechtswidrige Entscheidung der litauischen Regierung, den Transit belarussischer Kalidünger zu stoppen, ist ein grober Verstoß gegen das Gesetz. Das geht aus einem Statement des Außenministeriums hervor, das der Haussprecher Anatoli Glas bei einem Pressebriefing abgegeben hat.

„Mit dieser rechtswidrigen Entscheidung, den Transit belarussischer Kalidünger einzustellen, verstößt die Regierung der Republik Litauen aufs Größte gegen das Gesetz und direkte bilaterale sowie multilaterale Vertragsverpflichtungen“, sagte Glas.

„So hat Litauen am 3. April 2000 das Abkommen über den Transit belarussischer Güter in litauische Häfen und das Seerechtsübereinkommen unterzeichnet. Durch diese Abkommen fühlt sich Litauen verpflichtet, dem Binnenstaat Belarus den Transitweg zum Meer zu gewährleisten“, hieß es im Außenministerium.

Das Office of Foreign Assets Control des US-Finanzministeriums hat gestern Litauen offiziell informiert, dass die US-Sanktionen gegen Belaruskali für die litauische Eisenbahn nicht rechtsverbindlich sind. „Dementsprechend agiert die litauische Regierung mit dieser Entscheidung vollkommen aus Eigeninitiative. In diesem Kontext erscheint dieser Schritt als

Element hybrider Attacken gegen Belarus mit dem Ziel, dem Staat einen wirtschaftlichen Schaden zuzufügen und den Wohlstand der belarussischen Bevölkerung zu schwächen“, sagte Anatoli Glas.

Als guter Nachbar und Staat, der dem „viel leidenden litauischen Volk“ nichts antun will, enthielt sich die Republik Belarus harter Gegenmaßnahmen im Zusammenhang „mit dem konsequenten feindlichen unbesonnenen Vorgehen der litauischen Regierung.“

„Im Kontext des modernen internationalen Handels legt Litauen eine tiefe Unkultur an den Tag. Die litauische Regierung hat der ganzen Welt erneut vor Augen geführt, dass sie als Handelspartner ungesittet und unzuverlässig ist“, sagte der Pressesprecher.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1643818926_59668_big.jpg

de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Vergeltungsmaßnahmen zum RT-Verbot werden nun umgesetzt**

Das Außenministerium der Russischen Föderation hat mit einer offiziellen Erklärung auf die Entscheidung der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg, die Ausstrahlung des Fernsehprogramms von "RT auf Deutsch" zu verbieten, reagiert. Darin werden Vergeltungsmaßnahmen gegen in Russland akkreditierte deutsche Medien und die Videoplattform YouTube angekündigt.

Das Außenministerium der Russischen Föderation hat am Mittwoch in Reaktion auf das Sende- und Ausstrahlungsverbot für RT auf Deutsch Vergeltungsmaßnahmen angekündigt. In einem heute veröffentlichten Statement heißt es:

"Die Entscheidung der deutschen Medienaufsichtsbehörde ist ein klares Signal, dass russische Bedenken eklatant ignoriert wurden. Dieser Schritt lässt uns keine andere Wahl, als Vergeltungsmaßnahmen gegen die in Russland akkreditierten deutschen Medien sowie gegen die Internetplattformen zu ergreifen, die willkürlich und ungerechtfertigt die Konten des Senders von ihren Plattformen entfernt haben."

In der Erklärung wird daran erinnert, dass Deutschland mit dieser Entscheidung gegen seine Pflichten aus dem Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen verstoße:

"Diese Entscheidung wurde getroffen, obwohl das Medium (RT DE) auf der Grundlage einer von Serbien erteilten Satellitenlizenz in voller Übereinstimmung mit dem Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen, dem auch Deutschland beigetreten ist, betrieben wurde."

Welche Maßnahmen nun genau ergriffen werden, war am Mittwoch noch nicht in Erfahrung zu bringen. In den vergangenen Wochen war etwa über ein Tätigkeits- und Sende- und Ausstrahlungsverbot für die Deutsche Welle in Russland spekuliert worden. Aber auch die Ausweisung des ARD-Studios Moskau wäre möglich. Vielleicht wird man sogar die Abschaltung der Videoplattform

YouTube erwägen, oder eine Untersagung jeglicher finanziellen Geschäftstätigkeit des US-amerikanischen Unternehmens im russischen Segment des Internets.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fad630b480cc44147c4c1f.jpg>

de.rt.com: **Biden genehmigt Truppenentsendung nach Osteuropa**

US-Präsident Joe Biden hat die Verlegung zusätzlicher Truppen nach Osteuropa genehmigt, wie das Pentagon am Mittwoch bekannt gab. Etwa 1.000 US-Soldaten werden aus Deutschland nach Rumänien entsandt. Aus den USA will man zusätzliche 2.000 nach Europa verbringen, wo sie in Deutschland und Polen stationiert werden sollen. Einen Einsatz von Luftlandetruppen in der Ukraine schlossen die US-Militärs nicht vollständig aus.

Wie das Pentagon am Mittwoch bekannt gab, hat der US-amerikanische Präsident Joe Biden die Entsendung zusätzlicher US-Truppen nach Osteuropa formell genehmigt. Die Verlegung der zusätzlichen Armee-Einheiten soll "in den kommenden Tagen" stattfinden.

In einer Pressekonferenz um 10:00 Uhr Ortszeit bestätigte das Pentagon diese Informationen und gab weitere Details bekannt. John Kirby, der Sprecher des Pentagons, sprach von 2.000 Soldaten, die zusätzlich zu den bereits in Europa stationierten US-Truppen in den kommenden Tagen aus den USA eingeflogen würden. Sie sollen in Deutschland und Polen stationiert werden.

Parallel dazu wolle man 1.000 US-Militärs, die derzeit in Deutschland stationiert sind, nach Rumänien verlegen.

Unter den schon bald neu in Europa eintreffenden US-Verbänden sollen sich auch Teile der 80. Luftlandedivision befinden. Sie werden in Deutschland Aufstellung nehmen. Auf Nachfrage einer Journalistin bestätigte Kirby, dass diese Verbände für eine Vielzahl von Aufgaben vorbereitet sind und grundsätzlich auch in der Ukraine eingesetzt werden könnten. Ob dies schon jetzt geplant sei, wollte er auf Nachfrage allerdings nicht kommentieren. Im Eingangsstatement hatte der Pressesprecher noch bestritten, dass die US-Truppen in der Ukraine eingesetzt werden sollen.

Mit der Truppenentsendung wollen die USA nach Aussagen des Pentagons ihre Unterstützung für die NATO-Alliierten demonstrieren, die sich "durch russische Truppenbewegungen in der Nähe der Ukraine bedroht fühlen." Der Einsatz sei kein NATO-Einsatz, so der Pentagon-Sprecher, da die Allianz noch keinen Bündnisfall ausgerufen habe. Vielmehr beruhe er auf bilateralen Vereinbarungen mit dem jeweiligen Land. Kirby gab bekannt, dass Frankreich gleichfalls die Verlegung von Truppen nach Rumänien plane. Auch Großbritannien und die Niederlande würden eine Verstärkung ihrer im Baltikum eingesetzten Verbände vorbereiten. In der Nacht hatte CNN über die genehmigte Truppenverlegung berichtet. Auch die New York Post bestätigte diese Information auf ihrem Twitter-Account.

Weitere 8.500 Soldaten seien zudem in erhöhte Einsatzbereitschaft versetzt worden, um sie jederzeit schnell als Teil einer militärischen Antwort der NATO einsetzen zu können.

Insgesamt verfügen die USA und die NATO schon jetzt über zehntausende Soldaten in Europa, die sie den osteuropäischen Verbündeten zur Verfügung stellen können. Am Freitag letzter Woche hatte Biden angekündigt, dass er "in naher Zukunft" Truppen nach Osteuropa verlegen werde. Er begründete dies mit dem angeblichen Aufbau einer militärischen Bedrohung gegen die Ukraine durch Russland. Russland indes bestreitet die Absicht einer Invasion in der Ukraine. Und auch ukrainische Offizielle – darunter der Präsident, führende Militärs, der Verteidigungsminister, der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates und der Fraktionsvorsitzende der regierenden Mehrheitspartei im Parlament – sahen keine akute Gefährdungslage. Vielmehr kritisierten sie die westlichen Medien teilweise scharf für deren "Panikmache".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fa9a59b480cc04105b0f26.jpg>

de.rt.com: **RT-Vizechefin kommentiert MABB-Entscheidung: Kampf gegen uns in Deutschland beispiellos**

Die MABB hat ihre Entscheidung im Verfahren gegen den Sender RT DE gefällt und die Einstellung des Programms gefordert. RT-Vizechefin Anna Belkina zufolge sei der Sender überrascht über die Zielstrebigkeit Deutschlands bei den Versuchen, RT aus der Medienlandschaft auszuradiieren.

Im Gespräch mit RT International hat sich die stellvertretende RT-Chefredakteurin Anna Belkina die Enttäuschung des Senders über die Entscheidung der Medienanstalt Berlin Brandenburg (MABB) im Verfahren gegen die RT DE-Sendung zum Ausdruck gebracht: RT habe sich zwar daran gewöhnt, unter schwierigen Umständen zu arbeiten, aber der harte Kampf gegen den Sender in Deutschland sei beispiellos. Belkina nannte das Handeln der deutschen Behörden einen Beweis für die Doppelmoral der Regierung der Bundesrepublik: "Ja, es geht um Doppelmoral. Wir glauben, unsere Zuschauer sowohl in Deutschland als auch weltweit sehen diese Doppelmoral auch. Eigentlich ist das genau der Grund, warum sie sich uns zuwenden. Das ist genau, wofür RT DE als Sender steht. Wir stellen solche Doppelstandards fest."

Die RT-Vizechefin unterstrich, dass das Vorgehen der deutschen Medienaufsichtsbehörde unbegründet sei. Die Entscheidung basiere in erster Linie auf der Vornahme, dass die Sendung in Deutschland produziert und aus einem Büro in Berlin ausgestrahlt werde. Belkina erwiderte darauf, dass sich der Hauptsitz des Senders in Moskau befinde, wo auch alle redaktionellen Entscheidungen getroffen würden. Belkina zufolge befürchte man in Deutschland die Präsenz einer anderen Position wie der RT DE-Stimme. Hinter dem MABB-Vorgehen sah die RT-Vizechefin demnach eine mögliche politische Einflussnahme:

"Ich glaube, wir sind doch überrascht über die Bissigkeit und Zielstrebigkeit der deutschen Behörden bei ihren Versuchen, uns aus der deutschen Medienlandschaft auszuradiieren. Sie

gehen so weit, dass sie die Übertragung aus einem Studio verbieten, das es nicht einmal gibt. Wie gesagt, unsere deutschen Kollegen sitzen gerade hier, in der Nähe vom RT International-Büro."

RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan äußerte sich in ihrem Telegram-Kanal auch zur MABB-Entscheidung und hob wiederum hervor, dass die RT DE Productions GmbH, die die Behörde den Betreiber des Senders nennt, eine unabhängige, weder für die Sendung noch für ihre Ausstrahlung zuständige Produktionsfirma ist. Sie beschäftige sich mit der Herstellung von einigen Formaten für den Sender RT DE, der von Moskau aus ausgestrahlt werde und das Recht auf die Sendung in Deutschland und 32 anderen europäischen Staaten habe. Es sei, als hätte die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor der Deutschen Welle verboten, auf ihrer eigenen Webseite die Sendung zu übertragen, schrieb Simonjan im Anschluss. RT DE hatte bereits seine Absicht geäußert, die MABB-Entscheidung vor Gericht anzufechten. In der offiziellen Erklärung diesbezüglich hieß es, der Sender könne nicht nachvollziehen, "aus welchen Gründen eine angeblich informierte und unabhängige Medienanstalt versuchen würde, sich durch offenbar rein politische Motive leiten zu lassen und eine falsche Version, die ihren Absichten entsprechen würde, für die Realität auszugeben".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/thumbnail/61fad7feb480cc436170587c.jpg>

de.rt.com: **Kreml äußert sich zu geleakten US- und NATO-Antworten: Präsident gab schon seine Bewertung**

In Bezug auf die Veröffentlichung der US- und NATO-Antworten zu gegenseitigen Sicherheitsgarantien hat Kremlsprecher Dmitri Peskow erwidert, der russische Präsident habe schon seine Bewertung gegeben. Die NATO weigerte sich auch, die Publikation zu kommentieren.

Am Mittwochmorgen hat die spanische Zeitung El País die Dokumente veröffentlicht, die angeblich die geleakten Antworten der USA und der NATO auf die Vertragsvorschläge Russlands über gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa sind. Aus den Dokumenten folgt im Wesentlichen, dass das russische Angebot einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur abgelehnt worden ist.

Auf die Frage zur Publikation erwiderte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, die russische Seite habe nichts veröffentlicht und der Kreml werde den Leak nicht kommentieren. Dementsprechend empfahl er den Journalisten, sich an El País oder an die spanische Regierung für Kommentare zu wenden. Peskow weiter:

"Vergessen Sie nicht, dass der Präsident gestern eine konzeptionelle Bewertung für den Teil der erhaltenen Antworten, in dem es sich um prinzipiell wichtige Fragen für Russland handelt, gegeben hat."

Am Dienstag hatte Wladimir Putin erklärt, die USA und die NATO hätten die prinzipiellen Besorgnisse Moskaus in ihren Antworten auf die russischen Vorschläge zu Sicherheitsgarantien ignoriert.

Der NATO-Pressedienst weigerte sich ebenfalls, einen Kommentar zu den geleakten Dokumenten zu geben und verwies darauf, dass Generalsekretär Jens Stoltenberg die offizielle Position der Allianz in Bezug auf Russlands Vertragsentwürfe schon erklärt habe. Am 26. Januar hatte Stoltenberg gegenüber Journalisten gesagt, die NATO lehne alle Forderungen zur Nichterweiterung ab, und betont, dass insbesondere ein Kompromiss in Bezug auf den Beitritt der Ukraine ausgeschlossen sei. Russland müsse dagegen Territorien in Moldawien, Georgien und der Ukraine verlassen, so der NATO-Generalsekretär. Es wurde inzwischen auch bekannt, dass sich einer der Autoren der El País-Publikation, Hibai Arbide Aza, aktuell in der Ukraine befindet. Er nannte seine Quellen nicht, unterstrich aber, dass er in Bezug auf die Authentizität der Dokumente keine Zweifel habe. Er zeigte sich darüber hinaus auch sicher, dass die Publikation die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und der NATO nicht beeinflussen werde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fae56db480cc445365544b.jpg>

snanews.de: **Telefonat Putin-Johnson – Ukraine und Sicherheitsprobleme auf Agenda**

Russlands Präsident Wladimir Putin und der britische Premier Boris Johnson haben am Mittwoch bei einem Telefonat die Ukraine-Krise und die von Russland vom Westen geforderten Sicherheitsgarantien erörtert.

Präsident Putin habe dabei auf die „fehlende Bereitschaft der Nato hingewiesen, adäquat auf fundierte russische Sorgen zu reagieren, indem (die Allianz) sich auf die sogenannte Politik der ‚offenen Tür‘ beruft, die dem grundlegenden Prinzip der unteilbaren Sicherheit zuwiderläuft“, teilte der Kreml nach dem Gespräch der beiden Politiker mit.

Putin habe Johnson über das prinzipielle Herangehen Russlands an diese Probleme informiert und den Premier darauf aufmerksam gemacht, dass Kiew die Minsker Vereinbarungen „chronisch sabotiert“, hieß es in der Mitteilung.

Krise in den Beziehungen zwischen Russland und Europa

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind seit Monaten äußerst gespannt.

Washington und Brüssel werfen Moskau die Vorbereitung einer „Invasion“ in die Ukraine vor und bauen ihre militärische Präsenz in Osteuropa vor diesem Hintergrund aus.

Russland weist Anschuldigungen des Westens zurück

Russland weist alle Anschuldigungen zurück und erinnert daran, dass sich Kiew über die Minsker Vereinbarungen hinwegsetzt: Die Ukraine habe etwa die Hälfte ihrer Armee an der Trennlinie im Donbass konzentriert und nehme die Volkswehr der nicht anerkannten Republiken Donezk und Lugansk mit verbotenen Waffen unter Beschuss.

Dem Kreml und dem Außenamt in Moskau zufolge hat die Informationsattacke über die „Aggression“ Russlands zum Ziel, die ausländische Gruppierung vor den Grenzen Russlands aufzustoßen. „Die Hauptursache für die Eskalation sind Handlungen der USA und Nato, die

die Ukraine mit Waffen vollstopfen und Kiew somit zu einem Militärabenteuer anspornen“, hieß es aus Moskau.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/02/5222773_0:141:3140:1907_1920x0_80_0_0_8a025cd324b0f70b1708b12b53807c86.jpg

vormittags:

de.rt.com: Israel soll Angriff auf iranische Atomanlagen simuliert haben

Das israelische Militär hat einem Bericht zufolge einen Angriff auf iranische Atomanlagen simuliert. Dutzende Kampfflugzeuge hätten dabei Langstreckenangriffe geprobt. Die Wiener Verhandlungen zur Rettung des Atomabkommens befinden sich derzeit in der Endphase. Es droht ein ergebnisloser Abbruch.

Einem Bericht des israelischen Rundfunksenders KAN zufolge war ein US-Militärbeamter bei einer israelischen Übung anwesend, bei der ein Angriff auf iranische Atomanlagen mit Dutzenden Kampfflugzeugen vorbereitet wurde. Dabei wurden Szenarien wie etwa die Betankung aus der Luft, die Reaktion auf Flugabwehrmunition und die Durchführung von Langstreckenangriffen durchgespielt. Ein namentlich nicht genannter Offizier der US-Luftwaffe hat der Übung als Beobachter beigewohnt.

Der Bericht folgt auf ein Treffen zwischen Offiziellen des US-Militärs und dem israelischen Verteidigungsminister Benny Gantz im Dezember, bei dem ähnliche Übungen besprochen wurden. Der Beamte lehnte es ab, nähere Angaben zu den Plänen zu machen, sagte aber, dass die Übung auf ein "Worst-Case-Szenario" zur Zerstörung der iranischen Atomanlagen im Falle eines Scheiterns der Diplomatie vorbereitet würde.

Am Dienstag hatte das israelische Militär angekündigt, dass es an der massiven, von den USA geleiteten internationalen Marineübung teilnehmen werde, an der 50 Schiffe aus 60 Partnernationen und 9.000 Personen beteiligt sind. Die 18-tägige Übung, die Anfang dieser Woche begann, findet im Roten Meer vor der Küste Bahains statt, in der Nähe des Hauptquartiers der Fünften Flotte.

Iran unterhält ein Kernkraftwerk in der südlichen Provinz Buschehr. Hinzu kommen mehrere Forschungseinrichtungen, zwei Uranminen, ein Forschungsreaktor und Uranverarbeitungsanlagen. Die indirekten Verhandlungen in Washington und Teheran zum Atomabkommen von 2015 befinden sich nun in der Endphase. Kritiker, wie etwa Israel, sehen das Abkommen als Wegbereiter für die Islamische Republik, Atombomben bauen zu können. Auch wird kritisiert, dass dieses nicht die Entwicklung von Raketen unterbindet, die Israel gefährlich werden könnten.

Die USA hatten unter Präsident Donald Trump das Atomabkommen im Mai 2018 einseitig aufgekündigt und scharfe Wirtschaftssanktionen gegen Iran verhängt. Mitunterzeichner des Abkommens waren Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland und China.

Teheran reagierte daraufhin mit einer schrittweisen Anhebung der Urananreicherung und verwies auf eine Klausel im Vertrag, wonach nach Vertragsbruch eines der Unterzeichner den Auflagen nicht mehr ganz oder teilweise nachgekommen werden muss. Mitte oder Ende Februar wird eine Entscheidung der im vergangenen April aufgenommenen Gespräche erwartet. Teheran fordert eine Aufhebung der Sanktionen, Washington die Verpflichtung Teherans zu den Auflagen des ursprünglichen Abkommens. US-Präsident Joe Biden hatte die Rückkehr zum Atomabkommen zu seinem Wahlkampfthema gemacht. Bei einem ergebnislosen Abbruch droht eine Eskalation des schwelenden Konflikts.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fa476048fbef191c7b2c3c.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Russlands UN-Botschafter über UN-Sitzung zur Ukraine-Krise: Provokation und Aufruf zum Krieg

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat die von den USA einberufene Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur Ukraine-Krise scharf missbilligt. Der Diplomat bezeichnete die Besprechung als Provokation. Die USA seien an der Beilegung der Krise nicht interessiert. In der Nacht zum 2. Februar hat der Ständige Vertreter Russlands bei der UNO die von den USA einberufene Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur Ukraine-Krise als Provokation bezeichnet. Wassili Nebensja erklärte auf einer Pressekonferenz zum Beginn des russischen Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat, dass die Ukraine jetzt eine "geopolitische Spielkarte" der USA in ihrem Verhältnis mit Russland sei. Deswegen gelinge es nicht, mit dem Westen einen Konsens zum Thema Ukraine zu finden. Die US-Führung sei an der Beilegung der Ukraine-Krise nicht interessiert.

"Wir erklärten gestern auf der von den USA einberufenen Sitzung, dass die Darlegung der Dinge, wie sie es gestern taten, einem Aufruf zum Krieg gleichen. Die Sitzung war in der Tat eine Provokation."

Der russische Diplomat machte darauf aufmerksam, dass die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Linda Thomas-Greenfield, auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 31. Januar die Minsker Abkommen mit keinem Wort erwähnt habe. Diese Tatsache spreche Bände. Washington solle Kiew zur Umsetzung der Minsker Abkommen zwingen, wenn es an einer Lösung der Ukraine-Krise interessiert sei.

"Wenn Sie die Krise rund um die Ukraine lösen wollen, so müssen Sie aufrichtig daran arbeiten, die Ukraine fördern und sogar dazu zwingen, die Abkommen zu erfüllen, die sie unterzeichnet hat."

Nebensja erinnerte daran, dass die Minsker Abkommen ein Gesamtpaket seien, das die Lösung der Ukraine-Krise ermöglichen solle. Die Regierung in Kiew habe aber keinen Schritt in diese Richtung getan.

"Leider erklärt die Ukraine jetzt offen, dass diese Abkommen unerfüllbar seien, und meint damit, dass sie sie nicht erfüllen will."

Der jetzige Zustand der Beziehungen zwischen Moskau und Washington sei keine Entscheidung der russischen Seite. Russland wolle mit den USA in viel mehr Bereichen zusammenarbeiten. Washington habe aber die Kooperation auf jene Bereiche eingeschränkt, wo es gemeinsame Interessen oder eigene Interessen der USA gebe.

Am Montag hatte der UN-Sicherheitsrat über die Ukraine-Krise diskutiert. Die USA thematisierten auf der Sitzung das vermeintlich bedrohliche Verhalten Russlands gegenüber der Ukraine und die angebliche Aufstockung der russischen Militärpräsenz an der Grenze zu dem osteuropäischen Land. Russland beschuldigte die USA und ihre Verbündeten, in der Ukraine-Krise Kriegshysterie zu schüren. Die US-Zeitung Washington Post schrieb, dass der Wortwechsel zwischen Nebensja und Thomas-Greenfield einer der schärfsten in den vergangenen Jahren gewesen sei.

Die USA und die NATO werfen Russland seit Monaten vor, einen Überfall auf die Ukraine zu planen. Russland weist dies wiederholt zurück. Seinerseits fordert Moskau von Washington und dem westlichen Militärbündnis schriftliche Garantien, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten erweitern wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fa570bb480cc5627058591.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. Februar 3:00 Uhr bis 3. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung folgender Ortschaften: **Oktjbarj, Kominternowo.**

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 11.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snews.de: Scholz will „in Kürze“ zu Putin nach Moskau reisen

Bundeskanzler Olaf Scholz will "in Kürze" zu einem Treffen mit dem russischen Präsidenten

Wladimir Putin nach Moskau reisen.

Das kündigte der SPD-Politiker am Mittwoch im ZDF-„heute journal“ an, ohne einen genauen Termin zu nennen. In der Diskussion um die Äußerungen von Altkanzler Gerhard Schröder zur Ukraine-Krise stellte Scholz klar, wer in seiner Partei bei dem Thema das Sagen hat:

„Wenn ich die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland richtig verstehe, gibt es nur einen Bundeskanzler, und das bin ich.“

Schröder hatte am Freitag die Forderungen der Ukraine nach Waffenlieferungen als „Säbelrasseln“ kritisiert. Scholz sagte dazu: „Ich habe ihn nicht um Rat gefragt, er hat mir auch keinen gegeben.“

Scholz widersprach auch Darstellungen, dass seine Partei in der Ukraine-Krise keine einheitliche Linie verfolge. „Die SPD ist sehr einig und sie steht hinter der Politik, die der Kanzler verfolgt.“

Scholz wird vorgeworfen, in der Ukraine-Krise zu zurückhaltend zu agieren. Der französische Präsident Emmanuel Macron hatte in den vergangenen Tagen zwei Mal mit Putin telefoniert. Auch der italienische Regierungschef Mario Draghi und der britische Premierminister Boris Johnson sprachen mit dem Kremlchef. Scholz ließ offen, wann er zuletzt mit Putin telefonierte.

„Natürlich habe ich auch mit dem russischen Präsidenten gesprochen“, sagte er lediglich. Nach den offiziellen Mitteilungen der Bundesregierung fand seit dem Amtsantritt des Kanzlers ein Telefonat mit Putin statt, am 21. Dezember. Auf eine Anfrage der Deutschen Presse-Agentur, ob es darüber hinaus Gespräche gegeben habe, antwortete ein Regierungssprecher am Mittwoch: „Über die öffentlich kommunizierten Termine hinaus haben wir gegenwärtig nichts mitzuteilen.“ Den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski hatte Scholz am 15. Dezember in Brüssel zusammen mit Macron getroffen. Ein weiteres Gespräch mit ihm ist nicht bekannt.

Die Ukraine und osteuropäische Bündnispartner werfen Scholz und seiner Regierung vor, zu wenig Druck auf Russland auszuüben – unter anderem wegen ihres Neins zu Waffenlieferungen an die Ukraine. Scholz bestritt aber, dass Bündnispartner Deutschland als unzuverlässig ansehen würden. „Das geschieht nicht“, sagte er. „Unsere Verbündeten wissen ganz genau, was sie an uns haben.“

Der Kanzler verwies auf den deutschen Beitrag zur Abschreckung der Nato gegenüber Russland und auf Finanzhilfen für die Ukraine von fast zwei Milliarden Euro in den letzten Jahren.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0e/5003525_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_96020971c7801cf3829a26709b9eeae4.jpg

de.rt.com: **Taliban ernennen erstmals Frauen für Führungspositionen in Afghanistan**

Erstmals seit ihrer Machtübernahme in Afghanistan hat die Taliban-Regierung zwei Spitzenpositionen im öffentlichen Dienst an Frauen vergeben. Die Ernennungen weckten vor allem bei Frauenrechtsaktivistinnen Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage der Frauen im Land.

Am Dienstag haben die Taliban zum ersten Mal seit ihrer Machtübernahme in Afghanistan im August 2021 Frauen in leitende Positionen in öffentlichen Ämtern berufen. Auf Anordnung des amtierenden Premierministers wurde Malalai Rahim zur Leiterin einer Entbindungsklinik in Kabul ernannt, während Dr. Arian die Leitung einer Frauenklinik in der afghanischen Metropole übernimmt. Dies teilte der Pressesprecher der Taliban Zabiullah Mudschahid via Twitter mit.

Die Ernennungen sind ein Novum in der Frauenpolitik der Taliban seit deren Übernahme der Regierung Afghanistans im August 2021. Bisher waren Frauen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen. Auch die Freizügigkeit und der Zugang zu Hochschulbildung sowie zu mehreren Berufen sind für Frauen in Afghanistan drastisch eingeschränkt. Nur in einigen wenigen Ministerien, etwa im Gesundheitswesen, sind derzeit Frauen beschäftigt.

Der Schritt folgte auf mehrtägige Gespräche, die eine Taliban-Delegation vergangene Woche in Norwegen mit Vertretern der USA und weiterer westlicher Regierungen abgehalten hatte. Dabei wurden die Taliban, die auf internationale Finanzhilfen angewiesen sind, aufgefordert, die Rechte von Frauen und Mädchen zu erweitern, vor allem in Bezug auf deren Zugang zu Bildung und dem öffentlichen Leben. Die jüngsten Ernennungen stießen vor allem auf Beifall unter Frauenaktivistinnen, die sich davon eine Verbesserung der Lage der Frauen in Afghanistan erhoffen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fad06bb480cc3e5a13b5fe.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. Februar um 9:00 Uhr 23.255 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 1145 Personen sind derzeit erkrankt, 18.928 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3182 Todesfälle.

de.rt.com: **Türkei fliegt erneut Luftangriffe gegen kurdische Ziele in Irak und Syrien**
Türkische Kampfflugzeuge bombardierten am Mittwoch bei einer neuen Luftoffensive mutmaßliche kurdische Stellungen im Irak und in Syrien. Der türkische Einsatz im Norden des Iraks ist völkerrechtlich und politisch umstritten. Seit dem Jahr 2016 führte die Türkei zudem drei völkerrechtswidrige Militäroperationen auf syrischem Gebiet durch. Die Türkei hat nach Angaben des türkischen Verteidigungsministeriums Stellungen kurdischer Milizen im Irak und Nordsyrien angegriffen. Bei der Operation seien Ausbildungslager, Stützpunkte und Munitionslager getroffen worden, teilte das Ministerium am Mittwoch mit.

Die Luftangriffe richteten sich nach türkischen Angaben gegen Kämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Irak sowie gegen die syrische Kurdenmiliz YPG. Beide wurden von der Türkei als terroristische Gruppen eingestuft. In Europa und den USA gilt nur die PKK als Terrororganisation.

Bei den Luftangriffen sollen mindestens vier Menschen im Nordosten Syriens getötet worden sein. Laut der kurdischen Nachrichtenagentur Rojava Information Center wurde bei dem jüngsten Angriff das Flüchtlingscamp Machmur im Irak getroffen. Dort leben vor allem kurdische Flüchtlinge. Die türkische Regierung begründete die Luftschläge mit "Selbstverteidigung". Mit den Angriffen sollen "Terroranschläge gegen unser Volk und Sicherheitskräfte" verhindert worden sein, hieß es in der Erklärung des türkischen Verteidigungsministeriums. Mehrere Extremisten seien "neutralisiert" worden, sagte Verteidigungsminister Hulusi Akar. Die Türkei betrachtet den Nordirak als Rückzugsraum der PKK und fliegt dort regelmäßig Angriffe.

Der Generalsekretär der irakischen Asa'ib Ahl al-Haqq-Bewegung, die ein Teil der schiitischen Volksmobilisierungskräfte im Irak ist, teilte in einer Erklärung mit, dass die schiitischen Milizen eine angemessene Antwort auf die jüngste türkische Militärangriff gegen das arabische Land geben werden. "Inmitten des beklagenswerten Schweigens der Regierung setzt sich die klare Verletzung der irakischen Souveränität durch die türkischen Besatzungstruppen fort, seit diese Militärstützpunkte im Nordirak errichtet haben", hieß es in der Erklärung.

Seit dem Jahr 2016 führte die Türkei drei völkerrechtswidrige Militäroperationen auf syrischem Gebiet durch und hält unter dem Vorwand der Bekämpfung der Kurden seither weite Teile des Landes besetzt. Das Vorgehen der Türkei im Norden des Iraks ist völkerrechtlich und politisch umstritten, da sich die türkische Armee ohne Erlaubnis der irakischen Regierung im Land aufhält.

Die US-Besatzer in Nordsyrien unterstützen wiederum faktisch – unter dem Vorwand der Bekämpfung des IS – kurdische Separatisten und verletzen damit die syrische Souveränität. 2016 rief die YPG die autonome Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien aus.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61faa379b480cc172933dd10.jpg>

Mzdnr.ru: Am 2. Februar wurden in der DVR 4026 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1136 positiv, bei 5 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 79 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 8 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 56 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 736 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 340 mit Sauerstoffunterstützung (+14 in den letzten 24 Stunden).

Am 3. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 128.495 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 8624 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 110.308 als gesund entlassen, es gibt 9563 Todesfälle.

snanews.de: **Volksrepublik Donezk meldet ersten Einsatz von Nato-Waffen durch die Ukraine**

Die Ukraine hat vor kurzem zum ersten Mal Nato-Munition beim Beschuss eines Umspannwerks auf dem Territorium der selbsterklärten Donezker Volksrepublik eingesetzt. Dies erklärte die Außenministerin der Republik und deren Vertreterin in der Kontaktgruppe zur Donbass-Regelung, Natalja Nikonorowa, am Donnerstag gegenüber SNA.

„So wurde ein Umspannwerk im Ort Jelenowka mit Munition vom Kaliber 60 Millimeter beschossen. Das ist ein Nato-Standard. Die Ukraine hat bisher keine Waffen in diesem Kaliber eingesetzt“, sagte Nikonorowa.

Die Ministerin konstatierte, dass die Waffenlieferungen an Kiew zu immer weiteren Angriffen im Donbass vonseiten der ukrainischen Armee führen. Laut ihr zieht Kiew die vom Westen gelieferten Waffen in der Region zusammen.

Mit seinen Waffenlieferungen und seiner verstärkten militärischen Präsenz in der Ukraine inspiriere der Westen Kiew zu einer Aggression gegen den Donbass, sagte Nikonorowa. Sie forderte die Garanten der Minsker Abkommen auf, die Waffenlieferungen zu unterbinden und die Ukraine zur Einhaltung der Minsker Abkommen zu zwingen.

Seit 2014 liefern die von den USA geführten Nato-Länder Waffen in die Ukraine und bilden ihre Militärangehörigen aus. Das ist ein direkter Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen, der sich auf die Regelung im Donbass negativ auswirkt. Neben den USA sind auch Großbritannien, Kanada, Frankreich, Polen, die Türkei, Litauen, Tschechien, Bulgarien, Rumänien und Estland an den milliardenschweren Lieferungen beteiligt.

Die USA haben Panzerabwehrraketen-Komplexe Javelin, Patrouillenschnellbote, Scharfschützengewehre und Konterbatterie-Radaranlagen in die Ukraine geliefert. Aus Großbritannien sind Panzerabwehr-Geschosswerfer NLAW und aus der Türkei Angriffsdrohnen Bayraktar TB2 gekommen.

Die Ukraine und Großbritannien haben ein Memorandum unterzeichnet, das eine gemeinsame Projektierung und den gemeinsamen Bau von Kriegsschiffen auf den Territorien der beiden Länder und die Einrichtung von zwei Stützpunkten für die ukrainischen Seekriegskräfte vorsieht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1f/5193349_0:19:2237:1277_1920x0_80_0_0_7086914d40d3818f265a91b603b7e5b0.jpg

Armiyadnr.su: **Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**
In den letzten 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung
von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Kämpfer der 36. Brigade haben von den Positionen in Talakowka und Wodjanoje aus dreimal **Kominternowo** beschossen und zwei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, sechs Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

Außerdem wurde **Oktjabrj** von den Positionen im Gebiet von Pischtschewik aus mit drei Mörsergeschossen des Kalibers 82mm beschossen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 53. mechanisierten Brigade **drei T-72-Panzer in der Nähe von Wohnhäusern in Andrejewka** stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Arbeit der OSZE. So haben Kämpfer der 53. Brigade, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Drohne der OSZE-Mission 2km westlich von Granitnoje während eines Beobachtungsflugs mit beschossen.

Es ist wichtig anzumerken, dass der Beschuss zielgerichtet erfolgte, weil die ukrainischen Kämpfer über Zeit und Ort des Starts der Drohne zuvor in Kenntnis gesetzt worden waren. Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 24 vom 2.2.2022 bestätigt.

de.rt.com: **Kiew: Drei Nationen schließen sich zu einem Sicherheitspakt gegen Russland zusammen**

Die Ukraine und Polen arbeiten zusammen mit Großbritannien an einer Art Bündnis, um einer angeblichen russischen Gefahr zu begegnen. Auf der Kooperationsbasis soll ein trilaterales Dokument über die Zusammenarbeit zur Stärkung der regionalen Sicherheit entstehen.

Vor dem Hintergrund eines angeblich geplanten Einmarsches Russlands in die Ukraine wollen Großbritannien und Polen ihre Kräfte mit Kiew bündeln, um die Zusammenarbeit in der Region zu verstärken. Mit dem Bündnis soll Moskau von einer möglichen Aggression gegen die Ukraine abgeschreckt werden. Das gaben Kiew und Warschau in einer gemeinsamen Erklärung bekannt.

Der ukrainische Premierminister Denis Schmigal äußerte sich am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Kiew optimistisch über die neue Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten. Er sagte:

"Ich hoffe, dass wir in naher Zukunft in der Lage sein werden, offiziell ein neues regionales Kooperationsformat Ukraine-Polen-Großbritannien zu starten."

"Vor dem Hintergrund der anhaltenden russischen Aggression sollten wir ein trilaterales Dokument über die Zusammenarbeit zur Stärkung der regionalen Sicherheit unterzeichnen."

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki erklärte, Warschau werde der ehemaligen Sowjetrepublik Unterstützung in Form von Gas- und Waffenlieferungen sowie wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe anbieten. Ihm zufolge "haben wir, wenn wir in der Nähe eines Nachbarn wie Russland leben, das Gefühl, am Fuße eines Vulkans zu wohnen". Zudem wies Morawiecki darauf hin, dass die Außenminister der Staaten "an einem möglichen Format arbeiten, das die Zusammenarbeit zwischen Polen, der Ukraine und Großbritannien in verschiedenen Bereichen verstärken könnte".

Kiews Chefdiplomat Dmitri Kuleba schrieb in einer Erklärung, die erste offizielle Vorstellung des neuen Formats sei für Mittwoch im Rahmen des Besuchs der britischen Außenministerin Liz Truss in der Ukraine geplant. Da sie jedoch an COVID-19 erkrankt sei, sagte Kuleba, habe man "diese Ankündigung auf einen späteren Zeitpunkt verschieben" müssen.

Er versprach jedoch, dass die Parteien nicht untätig bleiben und die neue Zusammenarbeit weiter ausbauen werden. Ihm zufolge werde das neue Bündnis nicht an die "lokale Geographie" gebunden sein. Vielmehr werde es ein Zusammenschluss von Nationen sein, die gemeinsame Prinzipien teilen und sich um die Stärkung der Sicherheit sowie die Entwicklung

des Handels bemühen.

Die Entwicklung einer neuen Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern erfolgt in einer Zeit erhöhter Spannungen in Osteuropa. Mehrere westliche Staats- und Regierungschefs haben in den vergangenen Monaten wiederholt Panik darüber verbreitet, dass Moskaus Truppen in die Ukraine einmarschieren könnten.

Der Kreml hat jedoch wiederholt die Behauptungen zurückgewiesen, wonach die Streitkräfte des Landes eine Offensive planten. Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete derartige Behauptungen als unbegründet.

In der vergangenen Woche ratifizierte das ukrainische Parlament einen Darlehensvertrag mit London, der mehr als zwei Milliarden US-Dollar für den Bau von Raketenbooten und die Modernisierung der ukrainischen Flotte vorsieht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fa885eb480cc037046b8b6.jpg>

armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt und hat eine Tendenz zur Verschärfung. **Die Vorbereitung der ukrainischen Armee auf eine Aggression gegen die Volksrepubliken geht weiter.**

Das Kiewer Regime ist, zur Erreichung seiner Strafpläne im Donbass, bereits bereit, das ganze Land „unter Waffen“ zu nehmen. Wie Ihnen bekannt ist, hat der Präsident der Ukraine am 1. Februar einen Erlass über eine Vergrößerung der ukrainischen Streitkräfte um 100.000 Mann und die Schaffung von 20 zusätzlichen Brigaden unterzeichnet. Zweifellos erfordert ihre Ausrüstung mit Personal erhebliche menschliche Ressourcen.

Im Zusammenhang damit hat der Leiter des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine Dejneko nach Angaben unserer geheimdienstlichen Aufklärung am 2. Februar **Anweisungen über die Beschränkung der Ausreise von wehrpflichtigen Bürgern** zwischen 18 und 45 Jahren ab dem 20. Februar erteilt. Um eine Panik unter der Bevölkerung zu verhindern, soll als Ursache für die Verweigerung der Ausreise aus dem Land folgendes genannt werden: das Fehlen einer Datenbank für ausgegebene Visa, angeblich vorhandene Angelegenheiten wegen administrativer Rechtsverletzungen, Nichtzahlung von Alimenten oder nicht geregelte Eigentumsauseinandersetzungen und andere Ursachen. **Die Militärkommissariate der Ukraine erstellen detaillierte Listen von Bürgern, die von der Mobilisierung betroffen sind.**

Außerdem verfügen wir über Informationen, dass das Außenministerium der Ukraine in den Botschaften im Ausland diplomatische Noten vorbereitet, in denen Kiew darum bittet, Hilfe bei der Rückkehr ins Land von Bürgern der Ukraine im Einberufungsalter erbittet. Außerdem bittet das Außenministerium der Ukraine die diplomatischen Vertretungen inoffiziell Bürger der ausländischen Staaten über die Notwendigkeit in kürzester Frist die Zone der sogenannten

Operation der vereinigten Kräfte im Donbass zu verlassen. Eine Reihe westlicher Länder hat bereits die Evakuierung von Mitarbeitern diplomatischer Mission ausgerufen.

Daneben wurde an der ukrainischen Grenze eine Reihe von neuen Beschränkungen für die Einreise von Ausländern, die keine schwerwiegenden Gründe für den Besuch der Ukraine haben, eingeführt.

Trotz des Bestrebens des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte, die Maßnahmen zur Schaffung von Schlaggruppierungen zu verheimlichen, erhalten wir ständig **Informationen, die die Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte auf Angriffshandlungen bestätigen.** Die Aufklärung der Volksmiliz der DVR hat Informationen über die **Durchführung von Erkundungen von Örtlichkeiten im vorderen Verteidigungsbereich** mit Kommandeuren von Artillerieeinheiten des Gegners erhalten.

Außerdem wurde uns bekannt, dass auf einem Übungsplatz der 56. Panzergrenadierbrigade (in Richtung Donezk) **taktische Übungen zum Thema Angriffshandlungen** mit Einheiten der 55. Artilleriebrigade durchgeführt wurden. Die Übungen fanden unter Leitung des stellvertretenden Kommandeur der Operation der vereinigten Kräfte im Donbass General Drapatyj statt. Zuvor hatte dieser General die Bereitschaft der 53. mechanisierten Brigade in Bezug auf die Ausführung von Kampfaufgaben überprüft.

Außerdem hat das Kommando der Sanitätskräfte der ukrainischen Streitkräfte eine **Kontrolle der Sanitätseinheiten in der Zone der sogenannten Operationen der vereinigten Kräfte** im Donbass beendet, die zeigte, dass die militärmedizinischen Hospitäler nicht auf die Aufnahme von Verletzten vorbereitet sind. Betten und Verbandsmaterial fehlen. Das größte Problem ist der Mangel an Sanitätsfahrzeugen, um Verletzte vom Kampffeld zu evakuieren. Im Ergebnis der Überprüfung erhielt das Kommando der OOS die Aufgabe, in kürzester Zeit die entdeckten Defizite zu beseitigen. Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ hat Anweisungen erhalten, 30 Fahrzeuge zu Sanitätsfahrzeugen umzurüsten, in der nächsten Zeit ist geplant, 40 Sanitätsfahrzeuge aus der Reserve des Kommandos der Sanitätskräfte in die OOS-Zone zu liefern.

Alle aufgezählten Sachverhalte zeugen offen von der anhaltenden Vorbereitung der Kiewer Führung auf aktive Kampfhandlungen im Donbass. Dabei kann man schon jetzt behaupten, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte bei einem Angriff eine große Zahl von Opfern unter den ukrainischen Soldaten erwartet.

Die Einheiten der Volksmiliz verfolgen weiter die Änderungen der Lage und bereiten sich auf eine Abwehr der Aggression des Gegners vor. Wir werden Sie über alle wichtigen Änderungen informieren.

de.rt.com: **Ukraine-Krise: Washington will nicht mehr von "unmittelbar bevorstehender Invasion" sprechen**

Wie Regierungssprecherin Jen Psaki am Mittwoch bekannt gab, wollen die USA im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise nicht mehr von einer "unmittelbar bevorstehenden Invasion" durch Russland sprechen – die Formulierung vermittele eine nicht beabsichtigte Botschaft.

Sprachspiele im Weißen Haus in Washington: Die US-Regierung will die Formulierung "unmittelbar bevorstehend" nicht mehr im Zusammenhang mit einer vermeintlichen Invasion der Ukraine durch Russland verwenden. Das erklärte die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, am Mittwoch gegenüber Medienvertretern. Die Formulierung sende eine "unbeabsichtigte Botschaft" aus, so Psaki. Sie sagte gegenüber den Journalisten: "Ich habe es einmal benutzt. Ich glaube, auch andere haben es einmal verwendet, und wir haben damit aufgehört, weil ich glaube, dass es eine Botschaft aussendet, die wir nicht beabsichtigt haben, nämlich dass wir wissen, dass Präsident Putin eine Entscheidung getroffen hat."

Sie ergänzte:

"Ich würde sagen, dass ich in den allermeisten Fällen, in denen ich darüber gesprochen habe, gesagt habe, dass er [Putin, Anm. d. Red.] 'jederzeit' einmarschieren könnte."

Nur einen Tag zuvor, am Dienstag, war die US-Gesandte bei der UNO, Linda Thomas-Greenfield, in einem Interview mit dem Sender NPR von der Verwendung des Begriffs "unmittelbar bevorstehend" abgerückt. Thomas-Greenfield sagte:

"Nein, ich würde nicht sagen, dass wir behaupten, dass es unmittelbar bevorsteht."

Mit ihren Äußerungen vom Mittwoch vollzieht Psaki offenbar eine Kehrtwende. Nur eine Woche zuvor, während der Pressekonferenz vom 25. Januar hatte die Regierungssprecherin noch anders geklungen. Auf die Frage, ob die russische Invasion in der Ukraine, die laut US-Medien und Geheimdiensten seit Ende Oktober jederzeit bevorstehe, immer noch "unmittelbar bevorstehe", antwortete Psaki damals:

"Wenn wir gesagt haben, es stehe unmittelbar bevor, dann steht es auch weiterhin unmittelbar bevor."

"Nun, 'unmittelbar bevorstehend' hat eine ziemlich intensive Bedeutung. Nicht wahr?", hatte sie als Antwort auf die nächste Frage ergänzt. Auf eine weitere Frage eines Journalisten, ob sie immer noch glaube, dass die Invasion unmittelbar bevorstünde, hatte Psaki geantwortet: "Richtig."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fbaa14b480cc7cc067f791.jpg>

Denis-pushilin.ru: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin im Zusammenhang mit den provokativen Aktionen der Ukraine gegen die Zivilbevölkerung der Republik

In der letzten Woche hat das Kiewer Regime eine präzedenzlose Zahl von Provokationen gegen die Donezker Volksrepublik durchgeführt.

Am 28. Januar sind Informationen eingegangen, dass sich auf den Territorien von 17 Objekten in Donezk, Gorlowka und Makejewka Sprengeinrichtungen befinden, am 1. Februar wurde eine selbstgebaute Sprengeinrichtung in der Verwaltung des Kiewskij-Bezirks der Hauptstadt gefunden. Gestern, am 2. Februar, erfuhr die Geschichte eine Fortsetzung: Mitteilungen über Verminderung in Schulen und Hochschulen umfassen praktisch die ganze Republik.

Bombendrohungen für mehr als 400 Gebäude in 16 Ortschaften zogen die Notwendigkeit nach sich, mehr als 75.000 Menschen zu evakuieren.

Die Schlüsse technischer Spezialisten verweisen unmittelbar auf die Beteiligung Kiews an diesen Anrufen und Mitteilungen. Ein weiteres Mal zeigt die heutige Ukraine ihr terroristisches Wesen.

Unsere Notfalldienste und Fachministerien haben in all diesen Fällen ausgezeichnet gearbeitet und ihre Bereitschaft, mit jeder Situation klarzukommen gezeigt. Aber wir wissen, dass eine solche Steigerung des Grads der Spannung nicht nur ein Schlag gegen die Psyche unserer

Kinder und ihrer Eltern, erhebliche finanzielle Ausgaben, eine enorme Belastung des Personals und Auslastung der Notfalldienste bedeuten. Es ist ein direktes Zeugnis der Bereitschaft zu Angriffshandlungen.

Es ist bezeichnend, dass die Welle von Falschmeldungen über Verminungen auch die Krim erfasste. Der äußerste Zynismus der Organisatoren dieser Ausschreitungen, die sich auf ukrainischem Territorium befinden, passt in den Rahmen der allgemeinen Politik der Ukraine in Bezug auf die Einwohner des Donbass und alle russischen Menschen.

Das Zynischste ist, dass die Aggression der Ukraine auf unsere Kinder gerichtet ist. Aber die ukrainische Taktik der Einschüchterung hat gegen uns nie funktioniert und funktioniert auch jetzt nicht.

de.rt.com: Nach Dänemark und Norwegen nun auch Schweden: Alle Restriktionen werden aufgehoben

Ab dem 9. Februar gibt es in Schweden, trotz steigender Infektionszahlen, keine Restriktionen zur Eindämmung des Coronavirus mehr. Als Begründung nennt die schwedische Regierung die mildere Omikron-Variante. Die Lage im Gesundheitswesen sei stabil, der Impfschutz in der Bevölkerung hoch genug.

Die Pandemie ist in Schweden zwar noch nicht vorbei, mahnt die Premierministerin Magdalena Andersson in einer Pressekonferenz am Donnerstag. Die Regierung ist sich aber einig, dass Omikron weniger gefährlich, die Impfquote hoch genug und die Situation im Gesundheitswesen gut ist. Damit steht einer Aufhebung der Restriktionen nichts mehr im Wege.

Beibehalten wird nur der Ratschlag, bei einer Erkrankung zu Hause zu bleiben. Ungeimpfte sollten besonders vorsichtig sein. In der Pressekonferenz an diesem Donnerstag sagte die Premierministerin:

"Es wird langsam Zeit, Schweden wieder zu öffnen. Die Pandemie ist noch nicht vorbei, aber sie tritt in eine ganz neue Phase ein. Es gibt jetzt mehrere internationale Studien, dass es (Omikron) mildere Erkrankungen verursacht."

Die Restriktionen fallen am 9. Februar. Ganz wie in den Nachbarländern Dänemark und Norwegen sieht auch die schwedische Gesundheitsbehörde COVID-19 nun nicht länger als sozial gefährliche Krankheit an. Die zur Eindämmung beschlossenen Gesetze sollen daher aufgehoben werden. Im Vergleich zu Dänemark und Norwegen hatte die schwedische Regierung vergleichsweise geringere Einschränkungen des öffentlichen Lebens vorgenommen. Masken sollten nur in öffentlichen Verkehrsmitteln zu Stoßzeiten getragen werden. Der Präsenzunterricht wurde nur zeitweise für Studenten und Schüler der Oberstufen ausgesetzt. Lockdowns gab es nicht.

Impfnachweise mussten bei größeren Veranstaltungen in Innenräumen mit mehr als 100 Personen, vorgezeigt werden. Dazu zählten Kinos und Sportveranstaltungen.

Arbeitgeber und Bildungseinrichtungen werden angehalten, dass die Angestellten und Studenten nun wieder aus dem Homeoffice an den Arbeitsplatz, beziehungsweise in den Präsenzunterricht zurückkehren sollen. Um einen neuen Schub der Infektionszahlen zu vermeiden, soll die Rückkehr schrittweise erfolgen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fb996048fbef2cce270945.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: **US-Armee tötet "IS-Anführer" in Syrien – und mehrere Zivilisten**

Bei einer Operation der US-Armee in Idlib sind offenbar mehrere Zivilisten getötet worden – darunter auch Kinder. Das Pentagon spricht indes von einer "erfolgreichen Mission zur Terrorbekämpfung". Inzwischen verkündete US-Präsident Joe Biden, dass US-amerikanische Spezialkräfte den Anführer des sogenannten "Islamischen Staates" getötet hätten.

US-Spezialeinheiten haben nach Angaben des Pentagons am frühen Donnerstag eine "erfolgreiche und groß angelegte Operation zur "Terrorbekämpfung" im Nordwesten Syriens durchgeführt. Die Nachrichtenagentur AP berichtete indes, dass 13 Zivilisten bei schweren Gefechten im Rahmen einer US-Operation im Nordwesten Syriens getötet worden seien, darunter auch vier Kinder.

Der Pressesprecher des Pentagons, John Kirby, sagte in einer kurzen Erklärung, die Mission sei ein Erfolg gewesen.

"Es gab keine US-Opfer. Weitere Informationen werden bereitgestellt, sobald sie verfügbar sind."

Inzwischen verkündete US-Präsident Joe Biden, dass US-amerikanische Spezialkräfte den Anführer des sogenannten "Islamischen Staates" getötet hätten. Er habe den Einsatz in der vergangenen Nacht gegen Abu Ibrahim al Haschimi al Quraishi angeordnet, erklärte Biden. Das Vorgehen habe "die Welt zu einem sichereren Ort gemacht", behauptete der US-Präsident weiter.

Die US-Militärkoalition soll zudem Ziele nördlich von Idlib bombardiert haben. Mehrere Anwohner berichteten der Nachrichtenagentur AP, sie hätten Körperteile in der Nähe eines Hauses im Ort Atme gesehen. Die Anwohner, die anonym bleiben wollten, sprachen auch von Hubschraubern, Explosionen und Maschinengewehrfeuer. Sie erklärten, sie seien Zeugen eines großen Bodenangriffs geworden, bei dem US-Streitkräfte mit Lautsprechern Frauen und Kinder aufgefordert hätten, das Gebiet zu verlassen. Sie beschrieben den Einsatz als die größte Militäroperation seit der Tötung des IS-Chefs Abu Bakr al-Bagdadi im Oktober 2019. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit Sitz in Großbritannien erklärte, Truppen der US-geführten Koalition seien mit Hubschraubern in dem Gebiet gelandet und hätten ein Haus attackiert. Dabei sei es zu Zusammenstößen mit Kämpfern am Boden gekommen.

Das US-Militär hatte es laut einem Bericht der New York Times zunächst abgelehnt, das Ziel zu benennen. Auch wollte man sich vorläufig nicht zu Spekulationen äußern, es habe sich um

einen hochrangigen regionalen Al-Kaida-Führer oder um den obersten Anführer der Terrorgruppe, Ayman al-Zawahri, selbst gehandelt.

In den sozialen Medien zirkulieren Videos zu dem Geschehen. Sie zeigen Menschen, die die Leichen von mindestens neun Männern, Frauen und Kindern aus den Trümmern des schwer beschädigten Hauses zu ziehen versuchen.

Die Sicherheitskräfte der Terrororganisation Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS), die faktisch in Idlib regiert, sollen nach dem Überfall zu dem Ort des Geschehens geeilt sein. Der Anführer der Organisation, Muhammad al-Dschaulani, hatte im September noch auf die Anerkennung der Gruppierung vonseiten des Westens gehofft. Er plädierte in einem Interview für die Rekrutierung ausländischer Dschihadisten zur Bekämpfung des syrischen Staates.

In den vergangenen Tagen hatte der IS einen Angriff auf das Al Sina-Gefängnis in Hasaka in Nordostsyrien gestartet. Dort werden tausende IS-Kämpfer festgehalten. Selbstmordattentäter sprengten die Tore auf, die IS-Kämpfer übernahmen anschließend die Kontrolle über etwa ein Viertel der Haftanstalt. Die von den US-Besatzern unterstützten kurdischen Kräfte in Nordostsyrien sollen später die Kontrolle über das Gefängnis in Hasaka zurückgewonnen haben. Die Lage um das Gefängnis hatte sich zu tagelangen Feuergefechten ausgeweitet. Dabei waren die US-Besatzungstruppen in Nordsyrien den überforderten Milizen der sogenannten Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) mit Schützenpanzern und Luftschlägen zu Hilfe geeilt. Die Angriffe auf das Gefängnis weckten beunruhigende Erinnerungen an den IS-Aufmarsch 2015 in Syrien.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fbb5d8b480cc7b9d2179c2.jpg>

snews.de: **UN-Bericht: Moskau weltweit beste Stadt bei Infrastruktur und Lebensqualität**

In dem neulich veröffentlichten Entwurf des „City Prosperity Index“ der Uno, der Großstädte weltweit nach verschiedenen Kriterien bewertet, hat sich die russische Hauptstadt als Spitzenreiter bei mehreren Parametern erwiesen.

Moskau gehört demnach neben Singapur und Toronto zu den drei wohlhabendsten Städten der Welt. In die Top-10 schafften es außerdem Sydney, London, Paris, Madrid, Shanghai, Hongkong und New York.

Außerdem belegte Moskau den ersten Platz in den Kategorien „Entwicklungsniveau der Infrastruktur“ und „Lebensqualität“, die unter anderem Gesundheitswesen, Bildung, Wissenschaft, Freizeiteinrichtungen und Sicherheit bewertet. In der Kategorie „Stadtverwaltung und Gesetzgebung“, welche die Beteiligung der Einwohner am politischen Leben der Stadt, das Geschäftsklima, die Verwaltung der räumlichen Entwicklung der Stadt und E-Government-Dienste misst, zog Moskau in die Top-10 ein.

Der am 2. Februar veröffentlichte Vorabbericht bietet eine Analyse von ausgewählten Städten,

die „alle Kontinente und eine Vielfalt sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und urbaner Realitäten repräsentieren“ sollen: Bangkok, Bogota, Buenos Aires, Peking, Hongkong, Delhi, Jakarta, Lagos, Lima, London, Madrid, Mexiko, Moskau, Nairobi, New York, Osaka, Paris, Santiago, Sao Paulo, Seoul, Sydney, Singapur, Tokio, Toronto, Ho-Chi-Minh-Stadt, Shanghai, Wuhan und Riad.

Experten von dem UN-Habitat-Programm und dem Forschungszentrum Eure bewerteten die Städte nach Entwicklungskriterien wie wirtschaftliche Produktivität, Entwicklung der Infrastruktur, Lebensqualität; Gleichberechtigung und soziale Inklusion, Umweltverträglichkeit, Verwaltung und Gesetzgebung.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/03/5226876_0:317:3079:2048_1920x0_80_0_0_6eb4031a675f077fb4231b76832ea8f8.jpg

de.rt.com: **Rada-Abgeordnete: Selenskijs Ausbau der ukrainischen Armee ist "dumme PR"**

Die Pläne des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij für eine massive Aufstockung der ukrainischen Streitkräfte sind von bedenklichem Wert und könnten sogar rechtlich zweifelhaft sein. Darauf wies eine hochrangige ukrainische Abgeordnete hin.

In einer Erklärung vom Dienstag kritisierte Maria Ionowa, Abgeordnete der vom ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko geführten Partei für Europäische Solidarität, ein kürzlich unterzeichnetes Dekret des amtierenden ukrainischen Staatschefs Wladimir Selenskij, das eine erhebliche Aufstockung der Armee des Landes vorsieht.

Der neue Erlass sieht eine Aufstockung der Streitkräfte um mindestens 100.000 Soldaten vor. Dabei sollen ihre Dienstverträge erweitert und 20 neuen Brigaden innerhalb der Streitkräfte gegründet werden. Außerdem soll der Sold der Soldaten auf das Dreifache des Mindestlohns angehoben werden, der derzeit bei 6.500 Griwna (ungefähr 200 Euro) liegt.

Ionowa zufolge sehe Selenskijs Versprechen, "die Armee von den Knien zu erheben, leider wie eine weitere Lüge und dumme PR" aus. Die Abgeordnete führte weiter aus, dass "die Zahl der Streitkräfte der Ukraine durch ein Gesetz der Werchowna Rada geregelt wird – nicht durch ein Dekret des Präsidenten. Sie sollte unter Berücksichtigung der tatsächlichen Aufgaben und der finanziellen Möglichkeiten des Staates berechnet werden." Ionowa fügte hinzu:

"Zweitens bedeutet der Übergang zu einer Berufsarmee in der Regel eine Verkleinerung der Streitkräfte, keine Vergrößerung."

"Heute sind die Stellen beim Militär nur zu 60 Prozent besetzt – das Militär funktioniert aufgrund der niedrigen Gehälter und der ungelösten sozialen Probleme nicht."

"Wenn Selenskij also von einer Aufstockung der Armee um 100.000 Mann spricht, aber keine taktischen und wirtschaftlichen Begründungen liefert, ist das wie das Versprechen einer

Milliarde gepflanzter Bäume."

Zuvor kündigte Selenskij eine umfassende Anordnung zur Aufstockung der ukrainischen Streitkräfte an, was ihm zufolge dazu dienen soll, die militärischen Fähigkeiten des Landes zu professionalisieren, "und nicht, weil Krieg herrscht".

Westliche Staats- und Regierungschefs verbreiten seit Monaten Panik über Moskaus angebliche Pläne für einen Einmarsch in die Ukraine. Der Kreml hat wiederholt bestritten, dass er irgendwelche aggressiven Absichten hat und stattdessen Sicherheitsvereinbarungen gefordert, die eine Ausweitung der NATO in Richtung seiner Grenzen begrenzen würden.



<https://cdn.rttom.com/deutsch/images/2022.02/article/61fbaa40b480cc7cc067f796.jpg>

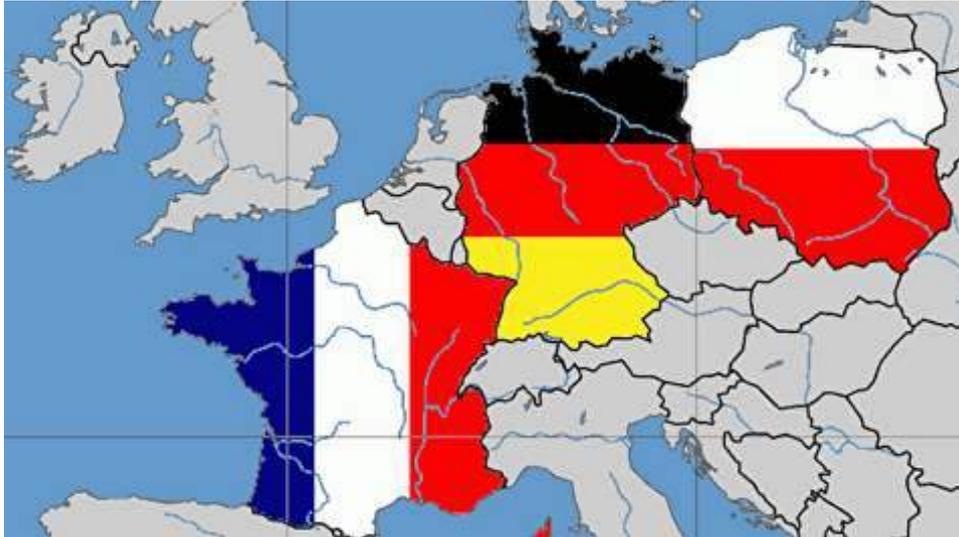
snews.de: **Weimarer Dreieck bald im Einsatz: Berlin, Paris und Warschau wollen sich über Ukraine abstimmen**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will sich mit den Präsidenten Frankreichs und Polens über den Umgang mit den Spannungen um die Ukraine beraten. Darüber informiert die Deutsche Presse-Agentur (DPA) am Donnerstag unter Verweis auf den Élyséepalast.

Der Agentur zufolge ist Deutschland für die Planung eines Treffens des sogenannten „Weimarer Dreiecks“ zuständig, das in Berlin stattfinden soll. Das genaue Datum steht noch nicht fest.

Zuvor war bekannt geworden, dass Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron in den vergangenen Tagen bereits zweimal mit seinem russischen Kollegen Wladimir Putin telefonierte. Bundeskanzler Scholz, der bisher in Bezug auf die Situation um die Ukraine bemerkenswerterweise zurückhaltend agierte, will nun zeitnah zu einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Moskau reisen.

Sowohl Deutschland als auch Frankreich vermitteln in dem Konflikt seit Jahren. Die jüngsten Gespräche von Russland und der Ukraine im sogenannten „Normandie-Format“ fanden vor einer Woche in Paris statt. Aus Sicht des russischen Unterhändlers Dmitri Kosak trugen sie kaum zur Lösung des Konfliktes bei. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/03/5228078_0:0:587:330_1920x0_80_0_0_3592a787fe9e2e63d9e1218219e06f04.png

de.rt.com: **Russland schließt Büro der Deutschen Welle und stoppt Verbreitung über Satellit**

Russland hat die Maßnahmen bekannt gegeben, die es als Reaktion auf das Sendeverbot von RT DE in Deutschland umsetzen wird. Diese treffen die Deutsche Welle (DW) hart. Der Sender soll sein Büro in Russland schließen. Seinen Mitarbeitern wird die Akkreditierung entzogen.

Russland hat Vergeltungsmaßnahmen wegen des Vorgehens der deutschen Behörden gegen RT DE eingeleitet. Diese wurden auf der Webseite des Außenministeriums der Russischen Föderation veröffentlicht und umfassen:

- Schließung des Büros der Deutschen Welle in Russland;
- Entzug der Akkreditierung aller Mitarbeiter des Büros der Deutschen Welle in Russland;
- Beendigung des Satelliten- und sonstigen Rundfunks der Deutschen Welle in Russland;
- Einleitung eines Verfahrens zur Anerkennung der Deutschen Welle als Auslandsagent;
- Erstellung einer schwarzen Liste mit Vertretern staatlicher und öffentlicher Einrichtungen Deutschlands, die an der Einschränkung der Ausstrahlung von RT DE und anderem Druck auf den russischen Medienbetreiber beteiligt sind, denen die Einreise nach Russland verboten wird (die Liste wird nicht veröffentlicht).

Es wurde darauf hingewiesen, dass dies nur die erste Stufe der Vergeltungsmaßnahmen ist. Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, hatte am Donnerstag Vergeltungsmaßnahmen als Reaktion auf das Verbot von RT DE in Deutschland angekündigt. Auf Telegram schrieb sie:

"Die OSZE schweigt symptomatisch zu der Entscheidung der BRD, die Ausstrahlung von RT DE zu verbieten. Frau Ribeiro (OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien) sah darin 'nichts', was den OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit interessieren könnte. Die Äußerungen von Frau Ribeiro zu den heute angekündigten Vergeltungsmaßnahmen Russlands wären dann doppelt unverzeihlich. Erstens sind sie eine Vergeltungsmaßnahme. Zweitens: Wenn Sie einmal geschwiegen haben, wer wird Ihnen dann noch glauben?"

Die Berliner Medienaufsichtsbehörde (MABB) hatte am Mittwoch RT DE die Ausstrahlung von Sendungen in deutscher Sprache in Deutschland untersagt, weil der Sender angeblich nicht über die erforderliche Lizenz verfügt. Laut einer Erklärung der deutschen Regulierungsbehörde habe der Sender weder eine Genehmigung erhalten noch beantragt und muss daher seine Liveübertragungen im Internet, über die RT News Mobile App und über Satellit einstellen.

Die stellvertretende RT-Chefredakteurin Anna Belkina nannte das Handeln der deutschen

Behörden einen Beweis für die Doppelmoral der Bundesregierung. RT habe sich zwar daran gewöhnt, unter schwierigen Umständen zu arbeiten, aber der harte Kampf gegen den Sender in Deutschland sei beispiellos.

RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan äußerte sich auf Telegram auch zur MABB-Entscheidung und hob hervor, dass die RT DE Productions GmbH, die die Behörde den Betreiber des Senders nennt, eine unabhängige, weder für die Sendung noch für ihre Ausstrahlung zuständige Produktionsfirma ist. Sie beschäftige sich mit der Herstellung mehrerer Formate für den Sender RT DE, der von Moskau aus ausgestrahlt werde und das Recht zur Ausstrahlung in Deutschland und 32 weiteren europäischen Staaten habe. Dies sei vergleichsweise so, als hätte die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor der Deutschen Welle verboten, auf ihrer eigenen Webseite Sendungen zu übertragen, schrieb Simonjan.

RT DE hat bereits seine Absicht geäußert, die MABB-Entscheidung vor Gericht anzufechten. In der offiziellen Erklärung diesbezüglich hieß es, der Sender könne nicht nachvollziehen, "aus welchen Gründen eine angeblich informierte und unabhängige Medienanstalt versuchen würde, sich durch offenbar rein politische Motive leiten zu lassen und eine falsche Version, die ihren Absichten entsprechen würde, für die Realität auszugeben".

Auch der Kreml zeigte sich angesichts Situation um RT DE besorgt. Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete das Vorgehen der deutschen Behörden als einen Angriff auf die Pressefreiheit.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fbe31fb480cc3ec36b8f7c.jpg>

snews.de: **Wegen Verletzung der Staatsgrenze von Belarus: Ukrainischer Militärattaché vorgeladen**

Das Verteidigungsministerium von Belarus hat in seinem Telegram-Kanal am Donnerstag mitgeteilt, den Militärattaché der Ukraine wegen der vermehrten Zahl von Grenzverletzungen vorgeladen zu haben.

Demnach haben die Grenzer am 24. Januar 2022 die Verletzung der Staatsgrenze von Belarus im Luftraum aus der Ukraine durch eine Drohne registriert, welche dann von der Luftabwehr zur Landung gezwungen wurde. Durch eine Analyse der in der Bordausrüstung enthaltenen Informationen sei die Tatsache ihres Starts aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine bestätigt worden, hieß es. Zuvor sprach die belarussische Seite von den „illegalen Aufklärungsaktivitäten über dem Truppenübungsplatz „Brestski“.

„Im Zusammenhang mit diesem Vorfall ist am 3. Februar 2022 der Militärattaché für Verteidigung bei der Botschaft der Ukraine in der Republik Belarus, Oberst Kazuba S. J., ins belarussische Verteidigungsministerium einbestellt worden. Es wurde ihm eine Protestnote im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen von Verletzungen der Staatsgrenze der Republik Belarus durch die Ukraine ausgehändigt“, teilte die Behörde in Minsk mit.

Es sei die dritte Grenzverletzung seit November 2021, hieß es weiter. Dem Militärattaché sei auch mitgeteilt worden, dass Kiew ein Verfahren zu diesem Vorfall durchführen und dann Minsk über dessen Ergebnisse informieren solle.

Gemeinsames Manöver

Derzeit wird in Belarus die Prüfung der schnellen Einsatzkräfte des russisch-belarussischen Unionsstaates durchgeführt, welche aus zwei Phasen besteht. In der ersten Phase, die bis zum 9. Februar dauern soll, sollen Truppen auf dem weißrussischen Territorium möglichst schnell verlegt und Truppengruppierungen gebildet werden. Zudem sollen der Schutz und die Verteidigung wichtiger staatlicher und militärischer Einrichtungen organisiert werden. Auch der Schutz der Staatsgrenze im Luftraum wird organisiert und das Luftabwehrsystem getestet. Innerhalb der zweiten Etappe zwischen dem 10. bis 20. Februar soll das gemeinsame Manöver „Union Resolve 2022“ stattfinden, bei dem die Streitkräfte der beiden Länder die Unterbindung und Abwehr von Aggressionen von außen sowie die Terrorismusbekämpfung und den Schutz der Interessen des Unionsstaates üben werden. An diesen Manövern ist der Truppenübungsplatz „Brestski“ beteiligt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/03/5230167_0:104:3073:1832_1920x0_80_0_0_dffd4008a3ff0bca0561f61e36409d52.jpg

snanews.de: Nach RT-Verbot in Deutschland: Behörden nehmen RT France ins Visier

Nur einen Tag nach dem Verbot von RT DE in Deutschland hat die französische Regulierungsbehörde Arcom eine Untersuchung gegen den französischsprachigen Fernsehsender RT France eingeleitet. Die Chefredakteurin des Senders spricht von einem Fall echter Zensur.

Gegenstand der Untersuchung ist Medienberichten zufolge die „Darbietung von Informationen durch den aus dem russischen Staatshaushalt finanzierten Sender RT France“. Als Grund gibt die Behörde eine „Beschwerde mehrerer Verbände“ an. Diese hätten „Weglassungen bei der Berichterstattung über bestimmte Krisen“ moniert, etwa über die Gelbwesten-Proteste oder die Lage in Syrien und in Zentralafrika.

Der Sender selbst bezeichnet die von der französischen Regulierungsbehörde in die Wege geleitete Untersuchung als planmäßiges Vorgehen in Richtung Zensur: „Es handelt sich offensichtlich um eine geplante Aktion, denn die Nachricht vom Beginn der Untersuchung kam am Tag nach dem Verbot für die Verbreitung des Programms unserer Kollegen von RT DE“, erklärte Xenia Fedorowa, Chefredakteurin von RT France, am heutigen Donnerstag. Auf Anfragen des TV-Senders habe die Arcom bisher nicht reagiert.

„Sollten die Medienberichte sich bewahrheiten, wonach die französische Behörde die Untersuchung gegen RT France aufgrund von Beschwerden gewisser Verbände begonnen hat, denen die Berichterstattung zu bestimmten Themen missfällt, dann wird in diesem Fall von

echter Zensur zu sprechen sein. Denn es geht nicht mehr nur um die Suche nach etwaigen Fake News oder Abweichungen, sondern im Fokus steht eindeutig die Darstellung von Informationen“, so die Chefredakteurin des französischsprachigen Kanals.

Fernsehsender RT DE verboten

Noch weitreichender als die Untersuchung der französischen Behörde ist das Vorgehen der deutschen Kommission für Zulassung und Aufsicht der Medienanstalten (ZAK) gegen RT DE. Am vergangenen Dienstag hat die Kommission die Veranstaltung und Verbreitung des deutschsprachigen Fernsehprogramms des russischen Auslandssenders in Deutschland untersagt. Es fehle eine Zulassung und diese sei auch gar nicht beantragt worden.

RT DE hat angekündigt, sich gerichtlich gegen das Verbot wehren zu wollen. Das russische Außenministerium erklärte, entsprechende Gegenmaßnahmen gegen die deutschen Fernsehsender in Russland einleiten zu müssen. Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, sagte, das Verbot von RT DE sei nichts anderes als ein Angriff auf die Redefreiheit.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5087851_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_c319ae7d0254ac3bc34eb7d42780f83d.jpg

de.rt.com: Kiewer Ex-General: Einige ukrainische Regionen "träumen" davon, Teil Russlands zu sein

Millionen Ukrainer würden eine Angliederung an Russland mit offenen Armen begrüßen und sich im Falle einer Invasion gerne von der Kontrolle Kiews lösen. Darauf wies ein ehemaliger Offizier der ukrainischen Armee angesichts der Spannungen zwischen Moskau und Kiew hin. Im Rahmen eines Auftritts beim Internet-Fernsehsender Espresso am Samstag erläuterte der ehemalige ukrainische General und heutige Volksdeputierte Michail Sabrodski seine Meinung darüber, in welchen Teilen der Ukraine der Anteil der Bürger, die eine Abspaltung von Kiew befürworten würden, hoch ist.

Ihm zufolge wartet ein Teil der Ukrainer "auf die russische Armee" und würde im Falle einer Invasion keinen Widerstand leisten. Er betonte, es bestehe keine Notwendigkeit, die Hauptstadt einzunehmen, da die Moskauer Streitkräfte einen großen Teil des ukrainischen Territoriums unter ihrer Kontrolle haben würden. Sabrodski hob hervor:

"Dies bezieht sich auf den Teil der Bevölkerung, der immer noch von einer Art Noworossija träumt, davon, eine weitere Provinz oder ein Teil des südlichen Föderationskreises Russlands zu werden."

Noworossija oder Neurussland ist ein historischer Begriff, der sich auf ein großes Gebiet bezieht, das früher Teil des russischen Reiches war und heute unter der Kontrolle Kiews steht. Laut Sabrodski gehören dazu Charkow, Dnjepr, Cherson und Odessa. Er vertritt die Ansicht, dass Russland nach der Eroberung dieser Gebiete in der Lage wäre, Kräfte an die Macht zu

bringen, die sich dem Willen Moskaus fügen würden. Der ehemalige Kommandeur fügte hinzu:

"Auf diese Weise würden alle Ziele des 2014 begonnenen hybriden Feldzugs erreicht." Seine Äußerungen erfolgen zu einer Zeit, in der sich die Lage an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine weiter zuspitzt. Westliche Politiker und Medien verbreiten Panik wegen einer angeblich bevorstehenden russischen Invasion. Der Kreml bestreitet jedoch wiederholt, dass er Angriffspläne hegt.

Im Anschluss an ein diplomatisches Treffen mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow in Genf erklärte US-Außenminister Antony Blinken, Washington habe angesichts "der Fakten und der Geschichte" Bedenken hinsichtlich einer möglichen Invasion Russlands in die Ukraine. Hierbei bezog er sich auf Wiedervereinigung der Krim mit Russland im Jahr 2014, nachdem die überwiegende Mehrheit der Menschen auf der Halbinsel sich in einem Referendum dafür ausgesprochen hatte. Die Wiedervereinigung selbst war eine Folge des Kiewer Maidan, bei dem gewalttätige Straßenproteste die demokratisch gewählte Regierung in Kiew gestürzt hatten.

Die Ukraine erkennt das Referendum auf der Krim nicht an und betrachtet die Halbinsel weiterhin als Teil des seines Territoriums. Bereits zuvor wurde Russland beschuldigt, seine historischen Gebiete zurückerobern zu wollen.

Im Jahr 2014 sagte der russische Präsident Wladimir Putin diesbezüglich:

"Ich möchte Sie daran erinnern, dass das, was in der Zarenzeit Noworossija genannt wurde – Charkow, Lugansk, Donezk, Cherson, Nikolajew und Odessa – nicht Teil der Ukraine war."

"Diese Gebiete wurden der Ukraine in den 1920er-Jahren von der Sowjetregierung geschenkt. Und warum? Gott weiß warum. Russland hat diese Gebiete aus verschiedenen Gründen verloren, aber die Menschen sind geblieben."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fbd0c2b480cc7bf948ad8f.jpg>

deu.belta.by: **Chrenin und Shoigu inspizieren Eingreiftruppen des Unionsstaates**

Belarussische und russische Militärs haben auf dem Truppenübungsplatz Brestski eine praktische Übung zur Vernichtung illegaler militärischer Einheiten durchgeführt. Der belarussische Verteidigungsminister, Generalleutnant Wiktor Chrenin, und sein russischer Amtskollege, Verteidigungsminister und Armeegeneral Sergej Schoigu, haben die Arbeit der gemeinsamen taktischen Brigadegruppe beobachtet.

Gemäß dem Beschluss der beiden Staatsoberhäupter läuft die erste Phase der Verifizierung der Einsatzkräfte des Unionsstaates in Belarus. Für diese Phase (Dauer: 9. Februar) wurden 12 Su-35-Kampffjets, zwei Bataillone des Boden-Luft-Raketensystems S-400 und ein Bataillon des russischen Kurzstrecken-Luftabwehrraketen-Systems Panzir-S nach Belarus verlegt. Im Rahmen gemeinsamer Aktionen üben die belarussischen und russischen Truppen, wie man sich verteidigt und gegen illegale bewaffnete Formationen kämpft.

Auf dem Truppenübungsplatz Brestski mussten die Soldaten einen simulierten Feind mit Hilfe von Aufklärungs- und Schießsystemen bekämpfen. Eine taktische Luftlandeoperation wurde eingesetzt, um den Durchbruch der bewaffneten Formationen auf ihren wahrscheinlichen Fluchtwegen zu verhindern.

Die zweite Phase der Überprüfung der Eingreiftruppen fällt zeitlich mit der gemeinsamen Übung „Alliierte Entschlossenheit 2022“ zusammen. Die Einheiten und Truppenteile der belarussischen Streitkräfte und des östlichen Militärbezirks der Streitkräfte Russlands werden sich im Rahmen einer Verteidigungsoperation gegen die externen Aggressoren wehren. Die Truppen werden Aufgaben zur Bekämpfung von Terrorismus und Schutz der Interessen des Unionsstaates wahrnehmen.

Neben dem Truppenübungsplatz Brestski werden praktische Einsätze auf den Truppenübungsplätzen Domanovsky, Gozhsky, Obuz-Lesnovsky und Osipovichsky stattfinden. Es ist geplant, die Flugplätze Baranowitschi, Luninez, Lida und Machulischi in Anspruch zu nehmen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1643899595_59678_big.jpg

snanews.de: **Nach Sende- und Empfangsverbot für „Deutsche Welle“ in Russland: Journalisten-Verband erhebt Protest**

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), Frank Überall, hat in einer Mitteilung vom Donnerstag das Sende- und Empfangsverbot für den Auslandssender „Deutsche Welle“ in Russland verurteilt.

Es gebe keinerlei Rechtfertigung für diese drastische „Zensurmaßnahme“, sagte Überall. Er forderte von der Bundesregierung deutlichen Protest. Das Bundesvorstandsmitglied der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi), Christoph Schmitz, forderte von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), dieser müsse bei seinem anstehenden Russland-Besuch auf eine Rücknahme des Sende- und Empfangsverbots drängen.

Der DW-Intendant Peter Limbourg teilte seinerseits mit, dass „die Maßnahmen der russischen Behörden in keiner Weise nachvollziehbar und eine völlige Überreaktion sind“.

„Wir protestieren in aller Form gegen diese absurde Reaktion der russischen Regierung und werden den Rechtsweg beschreiten, um gegen die angekündigten Maßnahmen vorzugehen“, fügte er hinzu. Der Intendant machte auch klar: „Bis uns die Maßnahmen offiziell zugestellt werden, berichten wir weiter aus unserem Büro in Moskau.“

Selbst wenn man das Büro schließen müsste, würde die Berichterstattung über Russland dadurch nicht beeinträchtigt. Der Intendant sprach sogar dann von einer deutlichen Verstärkung der Berichterstattung.

Das Außenministerium Russlands hat am Donnerstag eine Reihe von Gegenmaßnahmen als

Antwort auf die in Deutschland gestellten Hürden für den Sender RT verkündet. Die Maßnahmen beinhalten die Schließung der Redaktion von „Deutsche Welle“ in Russland und den Entzug der Akkreditierung aller Mitarbeiter des Büros.

Am Tag zuvor erläuterte die Behörde, dass die Entscheidung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb), die Ausstrahlung von RT DE in Deutschland zu verbieten, Russland „jede andere Wahl“ nehme, als mit der Umsetzung von Gegenmaßnahmen zu beginnen.

Ausstrahlungsverbot für RT in Deutschland

Zuvor teilte die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) mit, die Ausstrahlung des russischen Auslandssenders RT in Deutschland wegen der fehlenden medienrechtlichen Zulassung verboten zu haben. Für das Programm RT DE sei eine Zulassung gemäß § 52 des Medienstaatsvertrags erforderlich, hieß es. Diese sei aber weder erteilt noch beantragt worden.

RT auf Deutsch erhielt am 6. Dezember 2021 eine Sendelizenz in Serbien, die bis 2029 gültig ist. Diese sei absolut rechtmäßig erteilt worden, erklärte damals die Vorstandsvorsitzende der Regulierungsbehörde für elektronische Massenmedien Serbiens (REM), Olivera Zekic, in einem Gespräch mit Sputnik.

„(...) Wer eine Lizenz in Serbien erhält, kann sein Content sowohl in der Republik Serbien als auch in den EU-Ländern übertragen“, so Zekic.

Serbien ist zwar kein Mitglied der EU, aber sowohl Belgrad als auch Berlin sind Unterzeichner des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen (ECTT).

Im August 2021 war RT mit einem Antrag auf eine Sendelizenz in Luxemburg gescheitert.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/03/01/1089119_0:126:1921:1206_1920x0_80_0_0_3a89de48ba132d30db80ed59e1f25db3.jpg

abends:

de.rt.com: Sende- und Ausstrahlungsverbot von RT DE Productions: Stimmen aus aller Welt zur Unterstützung der Pressefreiheit

Die Entscheidung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, den Fernsehsender "RT DE" zum Schweigen zu bringen, hat bei den Kritikern des Senders große Freude ausgelöst. Viele angesehene internationale Beobachter äußerten jedoch ihre große Bestürzung über die Einschränkungen der Pressefreiheit in Deutschland.

Am Mittwoch informierte die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) RT DE Productions über ihre Entscheidung, dem Sender die Ausstrahlung seines Programms in Deutschland zu untersagen. Die MABB hatte am 17. Dezember 2021, einen Tag nach der Erstausstrahlung des Senders, ein "förmliches Verfahren" gegen den Sender eingeleitet.

Dieses "förmliche Verfahren" war eingeleitet worden, obwohl der Sender alle europäischen Gesetze und Vorschriften einhält.

Zahlreiche deutsche Medien wie Bild und Zeit feierten das Verbot – was viele, die an die Meinungs- und Pressefreiheit glauben, ziemlich entmutigend fanden. Die deutsche Regierung stellt sich selbst regelmäßig als ein Leuchtturm der Demokratie und Meinungsfreiheit dar. Das Verbot von RT DE zeigt jedoch, dass Taten lauter sprechen als Worte.

Der weltbekannte slowenische Philosoph Slavoj Žižek hatte gegenüber RT die Schritte zur Einschränkung von RT DE kritisiert und gesagt, dass der Westen sich vor der Macht des Senders fürchte. Auch wenn der Westen versuche, den TV-Kanal als Lieferanten "russischer Propaganda" darzustellen, zeige sein Umgang mit diesem, dass er ihn eben nicht nur für eine Propagandamaschine halte. Žižek erklärte:

"Indem der Westen diese Schritte unternimmt, um RT auszuschließen, zeigt er im Grunde seine Angst vor dem möglichen Einfluss von RT und sogar sein Vertrauen in die Macht von RT. Wenn sie sicher wären, dass RT nur billige russische Propaganda ist, die niemand ernst nimmt, dann hätten sie gesagt: 'Bitte, mein Gott, lasst sie zu.' Das hätte ihre Haltung sein müssen. Und dann wäre es so, als würde man eine alte stalinistische Rede hören – die Leute würden lachen, niemand wäre überzeugt."

In einem exklusiven RT-Interview beschuldigte der ehemalige ecuadorianische Präsident Rafael Correa den Westen der Doppelmoral. Er erklärte:

"Deutschland hat Russia Today die Ausstrahlung in seinem Land verboten. Man stelle sich die Reaktion vor, wenn CNN ein Sendeverbot in Ecuador erhalten hätte."

Der ehemalige Bürgermeister von London, Ken Livingstone, appellierte in einem Interview ebenfalls an die Pressefreiheit. Er ließ verlauten:

"Man muss freie Medien haben, die Raum für Debatten bieten."

Die Menschen werden immer unterschiedliche Meinungen haben, so Livingstone. Er erklärte, dass er selbst mit vielen Äußerungen Putins nicht unbedingt einverstanden sei. Aber man sollte kontroverse Meinungen begrüßen.

Auch der britische Rocksänger Roger Waters kritisierte das Vorgehen Deutschlands in einem exklusiven RT-Interview. Rogers ist der Ansicht, im Westen wolle man "ein Medienmonopol schaffen" und dieses aufrechterhalten. Der Mitbegründer der Rockband Pink Floyd sagt über die Entscheidungsträger:

"Sie wollen jede Stimme zum Schweigen bringen, die nicht unbedingt auf der Linie des Big Brothers liegt."

Auch der norwegische Künstler und Regisseur Morten Traavik, der zuletzt das Buch "Liebesgrüße aus Nordkorea" veröffentlicht hat, kritisiert die Maßnahmen gegen RT:

"Hier geht es nur um Politik, das ist ziemlich offensichtlich."

Auch Karin Kneissl hat sich in einem Interview zu dem Streit um die Ausstrahlung von RT DE geäußert. Die frühere Außenministerin von Österreich sieht die Blockadehaltung gegen den Sender als ein Thema an, das nicht mehr spurlos an den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland vorübergeht.

Dass von russischer Seite Spiegelmaßnahmen gegen die Deutsche Welle folgen könnten, sei eine "sehr diffizile Situation" und bedauerlich. Zumal der Streit um RT DE anders gelöst werden könnte, wenn von deutscher Seite wirklich ein "guter Wille" bestünde.

In dem Sender RT DE selbst, dem regelmäßig aus etablierten Kreisen etwa "Propaganda" vorgeworfen wird, kann Karin Kneissl "einfach nur eine Vielfalt an Berichterstattung sehen." RT DE hat angekündigt, sich energisch juristisch zu verteidigen und wird in der Zwischenzeit weiter senden. Einen direkten Link zu RT auf Sendung finden Sie [hier](#).



<https://cdn.rtr.com/deutsch/images/2022.02/article/61fbf9d7b480cc3e992ed2c3.jpg>